

**Rede
der Sprecherin für Migration und Teilhabe**

Petra Tiemann, MdL

zu TOP Nr. 25

Erste Beratung

**Afghanistan: Leben retten, Loyalität erwidern,
Schutzbedürftige aufnehmen!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/9883

während der Plenarsitzung vom 15.09.2021
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Lage in Afghanistan ist äußerst dramatisch.

Da sind wir uns, glaube ich, alle einig. Die Bilder, die wir sehen mussten, lassen uns nur erahnen, wie dramatisch die Lage für die Menschen vor Ort in Afghanistan ist. Was für uns allerdings auch immer klar war, ist, dass wir eine Fürsorgepflicht für die Menschen haben, die dort für deutsche Einrichtungen gearbeitet haben. Diese - das haben Sie völlig richtig zusammengefasst, Frau Kollegin Hamburg - endet nicht mit dem Abzug aus Afghanistan. Es ist für uns selbstverständlich, dass sie weiterhin gilt.

Schon im April war das übrigens eine der zentralen Botschaften unseres Innenministers. Im Juni machte unser Innenminister unmissverständlich klar, dass es der Abzug der Soldatinnen und Soldaten nötig macht, mehr Ortskräfte als geplant, die von Taliban bedroht sind, aus diesem Krisengebiet zu holen. Zitat: „Das Menschenbild von Undankbarkeit und Gleichgültigkeit, das da zum Ausdruck kommt, gefällt mir ganz und gar nicht. Wir haben eine Vorbildfunktion. Wir waren auf die Kräfte angewiesen, und jetzt sind wir dran. So einfach ist das.“

Ich finde, diesen Worten unseres Innenministers ist nicht viel hinzuzufügen.

Nun zu dem Antrag, der jetzt vor uns liegt. Ich glaube, in weiten Teilen sind wir uns über viele, viele Punkte sehr, sehr einig. Ich finde es sehr positiv, dass Sie im ersten Teil des Antrags schon Punkte begrüßen. Sie sind auch zu Anfang Ihrer Rede darauf eingegangen. So war es unser Innenminister, der sich sofort für ein Bundesaufnahmeprogramm eingesetzt hat.

Wo wir ein bisschen auseinandergehen, ist, ob es ein eigenes Landesprogramm braucht. Ich glaube, das wird die Zeit zeigen. Ich glaube, das können wir jetzt noch gar nicht in Gänze beurteilen, weil die Wege, auf denen die Menschen jetzt zu uns kommen könnten oder können, noch völlig ungewiss sind. Vielleicht sollte man da auch nicht in irgendeiner Form in einen Länderwettbewerb einsteigen: Welches Land macht das meiste Programm?

Wir in Niedersachsen sind vorbereitet. Wir haben die Kapazitäten. Wir haben alle Vorbereitungen getroffen, die man bisher treffen kann. Die Menschen können kommen. Wir sind darauf absolut vorbereitet.

Wir brauchen eine verlässliche Lösung, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich kann es uns allen an dieser Stelle nicht ersparen, noch einmal einen Blick nach Europa zu werfen. Ich glaube, dass uns hier wieder das Gemeinsame weiterbringt. Ich glaube, auch Europa ist an dieser Stelle mal wieder gemeinsam gefordert.

Sie haben auch einen Blick auf die Kosten der Migrationsberatung und auf den Haushalt - der war ja heute schon mehrfach hier im Saal ein Thema - geworfen. Lassen Sie mich zwei Dinge dazu sagen: Es war die Bundesebene, die sich nach meiner Ansicht viel zu früh und viel zu massiv finanziell aus diesem Bereich zurückgezogen hat. Ich glaube auch - das ist jetzt eine persönliche Einschätzung -, dass das vor dem Hintergrund von Afghanistan beim Bund nicht so bleiben kann. Ich glaube, auch das ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Land, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir haben in diesem Plenarabschnitt die Haushaltsdebatte eröffnet. Wir werden sie im Dezember beenden. Wir werden bis dahin auch diesen Antrag beraten. Lassen Sie uns mal gucken, was in diesen Beratungen an der einen oder anderen Stelle noch zu machen ist!

Zu den Punkten, in denen Sie sich auf die Bundesebene beziehen: Ich glaube, da haben wir kaum Differenzen. Das muss organisiert werden, und das muss gut organisiert werden. Aber lassen Sie uns die Details im Fachausschuss besprechen!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.